

PRESSEMITTEILUNG

Leipzig, den 05.01.2016

Winkler fordert klare Position Deutschlands gegen Russland Sanktionen

Sachsen soll im Bundesrat aktiv werden

Im Dezember 2015 verlängerte der Europäische Rat die Sanktionen gegenüber Russland klammheimlich um weitere sechs Monate bis zum 31. Juli 2016. Der sächsische Europaabgeordnete Hermann Winkler drängt deshalb jetzt darauf, dass Deutschland endlich eine klare Position gegen diese unsinnige Sanktionspolitik der EU einnimmt und fordert Sachsen auf, eine Bundesratsinitiative zu starten. Gemeinsam mit den anderen mitteldeutschen Ländern und Bayern muss es gelingen, Deutschland und die EU von diesem Holzweg der politischen Diplomatie abzubringen. Durch den derzeitigen Vorsitz im Bundesrat kann Sachsen hier eine Führungsrolle übernehmen.

Bereits im Mai 2014 sprach sich Winkler gegen die, vor allem durch die USA geforderte, Sanktionspolitik aus. Der Europaabgeordnete dazu: „Von diesen Sanktionen ist nicht nur die russische Nation, sondern besonders auch die deutsche Wirtschaft massiv betroffen. Gerade in Sachsen sind die Beziehungen zu Russland auf Grund persönlicher Kontakte traditionell sehr eng. Schon jetzt verbuchten Unternehmen im Freistaat enorme Rückgänge ihrer Export-Umsätze. Allein in der Metall- und Elektroindustrie sind die Russlandexporte um bis zu 43% gesunken. Zudem haben alle bisherigen Maßnahmen zu keiner Stabilisierung der Lage in der Ukraine geführt.“

„In den kommenden Verhandlungen und Beschlüssen müssen auch die nationalstaatlichen wirtschaftlichen Interessen stärker berücksichtigt werden. Gemeinsam mit Frankreich und Italien kann Deutschland dazu beitragen, das Verhältnis zu Russland wieder zu verbessern. Wir brauchen Russland als strategischen Partner, nicht nur wirtschaftlich sondern auch außenpolitisch. Gerade bei der Bewältigung von Konflikten in Krisengebieten des Nahen Ostens kann sich Russland im Gegensatz zu Saudi-Arabien als ein verlässlicher Partner erweisen“, so Winkler abschließend.